

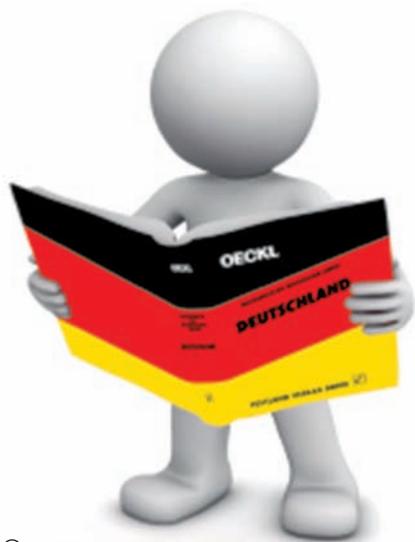
DEMO Impulse

BEITRÄGE FÜR EINE INNOVATIVE KOMMUNALPOLITIK

Digitale Agenda in den Kommunen

- Die Entwicklung der digitalen Welt
VON MANFRED STERNBERG
- Chancen im digitalen Wandel
VON DIETER REHFELD
- Digitale Stadt der Zukunft
VON RAINER DANIELZYK UND MICHAEL LOBECK
- Lokale Demokratie im Zeitalter der Digitalisierung
VON FRAUKE JANßEN
- Initiative Intelligente Vernetzung
VON THILO ZELT

Schaffen Sie Verbindungen!
OECKL. Ihr Politik-Kontakter



© fotomek - Fotolia.com

Schon an 2016 gedacht?

OECKL.Deutschland 2016

ab Mitte Dezember 2015 im Handel

jetzt vorbestellen
vertrieb@oeckl.de

OECKL.Bücher - Die Klassiker für Deutschland und Europa
OECKL.CD-ROM - Die Datenbank fürs Büro
OECKL.Online - Die Datenbank für PC, Tablet, Smartphone
OECKL.Adress - Für Ihre individuellen Mailings

Neu: wöchentlicher Newsletter unter oeckl.de/news/newsletter-anmelden.html

Professionelle politisch-gesellschaftliche Kommunikation
braucht die richtigen Kontakte:
Die OECKL-Medien stellen die relevanten
Akteure des öffentlichen Lebens vor
in Deutschland und Europa



Bleiben Sie auf dem Laufenden

Parlamentsgezwoitscher
mit Twitter OECKL_Politik



FESTLAND VERLAG

Postfach 20 05 61 53135 Bonn

Tel. (02 28) 36 20 22

Fax (02 28) 35 17 71

E-Mail: vertrieb@oeckl.de

I-Net: www.oeckl.de

Die Entwicklung der digitalen Welt

Zur Einführung – Die digitale Zukunft in den Kommunen gestalten

Autor Dr. Manfred Sternberg

Die digitale Vernetzung gehört längst zum Alltag. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien begleitet uns bereits seit Jahrzehnten. Warum also der Ruf nach einer digitalen Agenda in den Kommunen? Gibt es etwas Neues, eine neue Qualität in der digitalen Vernetzung?

Da ist mehr als nur der immer weiter verbreitete Einsatz des Smart Phones und ihrer Apps, mehr als die selbstverständliche Nutzung des Internets im Alltag. Es sind veränderte Kommunikationsformen entstanden, soziale Netzwerke und eine gewisse Allerreichbarkeit. Das Internet der Dinge vernetzt verschiedene Geräte, Maschinen mit unterschiedlichen Messstellen und erlaubt eine systemische Steuerung komplexer Produktionsprozesse. Auf der einen Seite ist die Technologie auch weiterhin ein Mittel, das uns hilft einen Zweck zu erreichen. Auf der anderen Seite schafft die Vernetzung komplexe Systeme, die unser Leben und unsere Gesellschaft verändern.

In dieser Entwicklung liegen Chancen. Es sind die Chancen der Innovation, die Schaffung neuer Märkte und die Steigerung unserer Problemlösungsfähigkeit. Virtuelle Kraftwerke schaffen Flexibilitäten für einen Strommarkt, um den Schwankungen der Produktion aus Erneuerbaren Energien ausgleichend entgegenzuwirken. Vernetzte Produktionssysteme optimieren die

Energieeffizienz, den Ressourceneinsatz und erforderlichen logistischen Aufwand. Verkehrsströme werden lenkbarer. Die weltweiten Kommunikationsmöglichkeiten haben sich vervielfacht. Der virtuelle Raum wächst.

Es gibt aber auch die Risiken, die z.B. in Romanen beschrieben werden, wenn im Mensch-Maschine-System die Funktionslogik des Maschinenkomplexes das Verhalten des Menschen endgültig dominiert und Freiheit und individuelle Entwicklung zu einer schrumpfenden Restgröße werden. Früher nannten wir dieses Entfremdung. Schließlich sind Ängste nicht unbegründet, die in Big-Data ein unheimliches Missbrauchspotenzial ausmachen. Wie müssen wir Datenschutz neu definieren? Die beherrschende Marktmacht von Konzernen wie Google, Microsoft oder Apple steuert uns in die Zukunft. Und welche Anfälligkeit haben die digitalen Systeme. Was passiert beim Black-Out? Wie schützen wir die von uns als zu schützenden definierten kritischen Infrastrukturen?

Politik als demokratisch legitimierte Gestaltungsmacht muss sich mit den Fragen der richtigen Rahmenbedingungen für diesen Entwicklungsschub in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

Wenn wir über eine digitale Agenda in den Kommunen sprechen, dann meint dieses den damit verbundenen politischen Gestaltungsauftrag.

Was können und was müssen wir in der Kommunalpolitik tun, um uns für die Zukunft fit zu machen? Eine digitale Agenda in den Kommunen ist eine Querschnittsaufgabe der Stadtentwicklungspolitik.

Systematisch können wir Handlungsfelder der Kommunalpolitik abgrenzen und uns anschauen, welche Entwicklungen des Technikeinsatzes sich ergeben und welche sich mit der Digitalisierung neu auf den Weg gemacht haben und welche Handlungserfordernisse sich für den entsprechenden Infrastrukturausbau daraus ergeben. Das enthebt uns nicht, die politischen Ziele für die Handlungsfelder zu formulieren und zu diskutieren. Hierzu wollen wir mit dieser Ausgabe der DEMO-Impulse einladen.

Dieter Rehfeld plädiert in seinem Artikel „Chancen im digitalen Wandel – Kommunalverwaltung neu denken“ für eine eigene aktive Beteiligung der Kommunalverwaltung an der Zukunft der Digitalisierung als Gestaltungsauftrag der kommunalen Daseinsvorsorge. Mit den kommunalpolitischen Handlungsfeldern in der digitalen Stadt der Zukunft setzt sich der Artikel von Prof. Dr. Rainer Danielczyk und Michael Lobeck auseinander. Frauke Janßen greift in ihrem Artikel „Lokale Demokratie im Zeitalter der Digitalisierung“ die Frage auf, welche Entwicklungen sich für die lokale Demokratie mit den Möglichkeiten des Internets ergeben. Zum Abschluss stellt Thilo Zelt die Initiative Intelligente Vernetzung des Bundeswirtschaftsministeriums vor.



Dr. Manfred Sternberg

Geschäftsführer der Bundes-SGK
www.bundes-sgk.de

FOTO: BUNDES-SGK/KOBEL

Impressum

DEMO Impulse,
Fachorgan der Sozialdemokratischen
Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin

Herausgeber: Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK
Telefon: (030) 25993 960
Telefax: (030) 25993 970
E-Mail: info@bundes-sgk.de
Internet: www.bundes-sgk.de

Die Inhalte der Beiträge geben die Auffassung
der Autorinnen und Autoren wieder.

Redaktion: Dr. Manfred Sternberg, Peter Hamon
Layout: Heidemarie Lehmann

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin,
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin

Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192
Geschäftsführer: Karin Nink, Dr. Hans-Gerd Conrad

Anzeigen/Vertrieb: Network Media GmbH,
Gewerbehof Bülowbogen, Hof D, Eingang D1,
Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Nicole Stelzner
(Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf),
Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36
Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 32 vom
1. April 2015

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären

Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier
DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.);
für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €
Jahresabonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten
Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr,
sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf
schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung
ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer

Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz
oder auf Minderung des Bezugspreises.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird
keine Haftung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in
ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich
geschützt.

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de



Zugleich Versandanschrift für
Beilagen und Beihefter mit Zusatz
„Warenannahme“.

Chancen im digitalen Wandel

Kommunalverwaltung neu denken

Autor Dieter Rehfeld

Die digitale Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft ist in vollem Gange – mit all den Möglichkeiten und Potenzialen der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und des Internets. Dabei ist die Kommunalverwaltung Teil dieser digitalen Transformation. Denn das neue „digitale Sein“ der Konsumenten, Produzenten und Bürger verändert auch die Kommunen: Es wirkt sich auf die Art und Weise aus, wie Städte, Kommunen oder Gebietskörperschaften künftig zu gestalten sind.

Wir erleben zunehmend, dass bestehende Geschäftsmodelle und -prozesse durch ablösende digitale Technologien (Disruptive Technologies) umfassend verändert oder gar vollständig verdrängt werden. Das „Internet der Dinge“, „Industrie 4.0“ und „Big Data“ sind nur einige der plakativen Überschriften, die die digitale Revolution beschreiben. Und auch durch neue digitale Plattformen mit weltweiter Reichweite werden Konsum und Produktion in ihren Produkten und Prozessen radikal verändert. Parallel hierzu lösen sich kommunale Organisations- und Verwaltungsgrenzen auf. Kunden, Bürger, Politiker, Lieferanten und Partner werden zu „Mitproduzenten“ im Politik- und Verwaltungsprozess.

Digitale Transformation als Gestaltungsaufgabe

Die digitale Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft macht es möglich, die Effektivität und Effizienz von kommunaler Politik und Verwaltung zu steigern. Allerdings unterscheiden sich Organisationen in ihrer Reaktion auf die Herausforderung und die neue Internetwelt: Während einige Kommunen den Wandel aktiv mitgestalten, ignorieren ihn andere, bleiben unentschlossen oder versuchen gar, ihn zu blockieren. Ob es letztlich gelingen wird, kommunale Politik und Verwaltung mit der digitalen Transformation zu verbessern, wird entscheidend durch das Wie bestimmt: Wie werden die Chancen der Digitalisierung aufgenommen, angepasst und in der Praxis umgesetzt? Auch ist für den Erfolg entscheidend, wie mit Risiken umgegangen wird – werden sie erkannt? Und werden sie beherrscht?

Die digitale Transformation zu gestalten, ist Führungsaufgabe für Politik und Verwaltung. Besonders gilt dies für den Übergang zur neuen Arbeitswelt. Spitze und Führungen der Kommunen

– die (Ober-)Bürgermeister und Landräte mit ihren Verwaltungsvorständen – geben dabei gemeinsam mit der Kommunalpolitik Tempo und Richtung des Wandels vor.

Dabei muss die digitale Transformation als ein kontinuierlicher Prozess verstanden werden, der keine neuen starren Strukturen hervorbringen wird. Vielmehr werden die Übergänge fließend sein und sich Veränderungen für Unternehmen, Verwaltungen und ihre Akteure fortlaufend vollziehen. Umso entscheidender ist die Frage, wie wir diesen Prozess gestalten und auch steuern werden.

Dieser Auftrag zielt sowohl auf das vertragliche Arbeitsverhältnis (Vollzeit, Teilzeit, Minijob), auf den Ort (im Betrieb, Büro, zu Hause, unterwegs), auf Lage und Umfang der Arbeitszeit als auch auf die Arbeitsinhalte, die Arbeitsorganisation und das Arbeitsteam. Die Trennung von Arbeit und Freizeit von abhängiger Beschäftigung und (abhängiger) Selbständigkeit wird mehr und mehr aufgehoben. Und der Mensch wird im Laufe seines Arbeitslebens unterschiedliche Arbeitsbedingungen erleben. Dieser „following change of work“ beinhaltet sowohl Chancen als auch Risiken für Beschäftigte und Führungskräfte, für Kommunen und Kommunalverwaltungen.

Die digitale Transformation in der Praxis zu gestalten, bedeutet also, dass Personal, Organisation und Informations- und Kommunikationstechnik zur erfolgreichen „Aufgabenerledigung“ zusammenwirken müssen. Diese „alte“ Koordinationsaufgabe des dispositiven Faktors wird auch in der digitalen Welt nicht überflüssig, sie muss nur anders wahrgenommen werden. Dabei kann sie von der kommunalen Führung, von Politik und Verwaltung, zu einem Wettbewerbsvorteil entwickelt werden: Wenn es darum geht, Firmen vor Ort zu halten und neue anzusiedeln, eine wachsende oder auch schrumpfende Stadt zu managen, den Kampf um die Köpfe zu führen und die sozialen Probleme zu bewerkstelligen. Die digitale Transformation als umfassende Gestaltungsaufgabe beinhaltet auch, das Personal auf diesem Weg mitzunehmen und dabei zu unterstützen, sich mit dem Wandel zu entwickeln.

Digitale Verwaltung 4.0

Bereits heute gibt es keine Aufgabe innerhalb der Kommunalverwaltung, die nicht mit IT unter-

stützt wird. Auch wenn es nur langsam vorangeht: eGovernment ist längst in vielen Kommunen und Kommunalverwaltungen angekommen. Jedoch ist die digitale Vernetzung mit Bürgern, der Wirtschaft und anderen Verwaltungsebenen äußerst gering. Eine „Digitale Verwaltung 4.0“, die analog der „Industrie 4.0“ datengetrieben selbständig auf der Basis der Maschinen-Maschinen-Kommunikation die Verwaltungsprozesse managt, ist nur rudimentär erkennbar.

Die Digitale Verwaltung 4.0 im Sinne der digitalen Transformation aber sieht Bürger, Wirtschaft, andere Verwaltungsstellen und Partner vielmehr als Serviceempfänger und Geschäftspartner denn als Antragsteller. Auch der digitale Antragsteller bleibt ein Antragsteller. Hier kann und wird der fundamentale digitale Wandel ansetzen.

Ein Beispiel für eine Digitale Verwaltung 4.0 ist das sichere digitale Bürgerkonto, über das der Bürger den Verwaltungen erlaubt, je nach Lebenslage aktive Verwaltungsdienstleistungen für ihn zu generieren und zu steuern. Den Bürger automatisiert und elektronisch aktiv zu benachrichtigen, wenn sein Reisepass abläuft oder ihn an die herauszustellende Mülltonne zu erinnern, geben einfache Beispiele. Auch der Bescheid über die Grundbesitzabgabe wird künftig elektronisch durch die Steuerverwaltung bereitgestellt und ebenso die Studienbescheinigung für den BAföG-Antrag elektronisch übermittelt – für den Fortsetzungsantrag des Kindergeldes dann sogar direkt zur Kindergeldkasse. Der Schülerfahrausweis wird nach der Schulanmeldung ohne neuen Antrag ausgestellt und elektronisch mit Barcodeaufdruck zum Ausdruck übersandt. Die Unterlagen zur Briefwahl werden im Bürgerkonto-Safe daten- und rechtsicher hinterlegt, wenn sich der Bürger grundsätzlich für die Briefwahl entschieden hat. Eine elektronische Rücksendung der Unterlagen an das Wahlamt ist über einen sicheren elektronischen Brief möglich. Und der jungen Familie wird auf Wunsch rechtzeitig elektronisch eine Auswahl von möglichen Kindergartenplätzen in der Nähe des Wohn- oder Arbeitsortes angeboten. Auch eine Benachrichtigung über die vorgesehenen Gesundheitschecks für das Kleinkind erfolgt (verbunden mit Terminvorschlägen) über das Bürgerkonto. Der neu hinzugezogene Bürger erhält einen Link zur Bereitstellung eines Bewohnerparkausweises, der nach erfolgter Bezahlung – versehen mit den Kraftfahrzeugdaten und der Parkraumnummer – elektronisch zugestellt wird. Vieles ist heute schon machbar, denkbar noch mehr.

Selbstverständlich kann Vertrauen in eine Digitale Verwaltung 4.0 nur dann erreicht werden, wenn Datenschutz, Datensicherheit und -transparenz für den Bürger gewährleistet sind. Auch ist selbstverständlich, dass nicht alle Bürger elektronische Dienste in Anspruch nehmen wollen und können. Erkennbar ist aber, dass die digitale Transformation vor der Kommunalverwaltung nicht Halt macht. Dabei wird deren Geschwindigkeit weiter zunehmen. Auch deshalb, weil die

vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen der kommunalen Ebene zukünftig nur zu bewältigen sind, wenn die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung konsequent genutzt werden. Und das geht nicht ohne neue Organisationsformen.

Die Aufgabe beispielsweise, eine große Zahl von Flüchtlingen zu versorgen, ist nicht allein eine Frage der materiellen Versorgung seitens der Sozialämter. Sie fordert organisationsübergreifend auch Wohnungsbau und Bildungspolitik und wirft Fragen zur Sicherheit, Pressearbeit und Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung auf. Zudem erfordert die Arbeit in den Sozialräumen das Zusammenwirken unterschiedlicher Fachbereiche und Ämter sowie mit Organisationen und Akteuren außerhalb der Verwaltung. Auch hier kann eine Digitale Verwaltung 4.0 andere und neue Kommunikations- und Managementlösungen verfolgen.

Intelligente organisationsübergreifende Zusammenarbeit wird zum entscheidenden Erfolgsfaktor. Und die großen online verfügbaren Datenmengen (Big Data) machen den Zugang zu bestehenden Informationen im Arbeitsleben immer wichtiger. Dabei muss geklärt werden, welche Instrumente der Informationsbeschaffung die Verwaltungen ihren Mitarbeitern zur Verfügung stellen und welche Datenbanken genutzt werden dürfen.

Die Forderung nach einer transparenten, offenen Verwaltung bekommt in der kommunalen Politik einen besonderen Stellenwert. Open Government und Open Data sind immer wesentlichere Bestandteile der im Rat einer Gemeinde beschlossenen digitalen Agenda. Eine aktive digitale Verwaltung wird sich als Teil dieser Netze und der digitalen Gesellschaft verstehen, dabei aber auch Garant für Datenschutz, Datensicherheit und -transparenz sein wollen.

IT-Strategie als Kernaufgabe

Laut einer aktuellen Studie der Vereinten Nationen belegt Deutschland im weltweiten Vergleich bei eGovernment nur Platz 21 und schafft es auch im europäischen Vergleich noch nicht einmal unter die Top Ten. Ursache für diese Platzierung ist nicht etwa ein Defizit in technologischen Konzepten oder Hard- und Softwarelösungen, sondern sind nach Auffassung des Verfassers die fehlenden Strategien in den Verwaltungen. Hier wird Informationstechnik vielfach als eine unterstützende Funktion angesehen, nur selten als strategisches Gestaltungselement. Auch gibt es nur wenige IT-Strategien, die konsequent aus den politischen Zielen einer Kommune abgeleitet sind. Um die digitale Verwaltung auch umsetzen zu können, braucht es aber – im Sinne einer rollierenden jährlichen Planung – ein systematisches Zusammenwirken zwischen den fachlich-inhaltlichen Zielen einer Verwaltung und der Zuordnung, welche IT-Lösungen hierfür erforderlich sind. Und den Blick darauf, welchen Modernisierungsschritten diese IT-Lösungen unterliegen. Hierzu einige Beispiele:

Über 60 Prozent der Prozesse einer Kommunalverwaltung haben einen räumlichen Mobilitätsbe-

zug. So ist der Baukontrolleur bei der Bauabnahme von Straßen und Gebäuden in der Kommune unterwegs, der Sozialarbeiter besucht die Familien, die Politesse bewegt sich im Straßenraum. Würde man hier die Zielsetzung verfolgen, diese Prozesse mittels mobiler Endgeräte zu unterstützen, könnte dies Bestandteil einer strategischen Roadmap sein und nach vorangegangenen Kosten-Nutzen-Analysen bei der Haushaltsplanung der Fachbereiche berücksichtigt werden.

Ein weiteres Beispiel ist die Digitalisierung der Schulverwaltung. Hier zeigt sich, dass eine Vielzahl von Prozessen – von der Anmeldung der Schüler an den Grundschulen bis zu den Schülerfahrtkosten – in vielen Kommunen manuell oder mit Hilfe von Excel-Tabellen gemanagt werden. Auch hier wäre eine Strategie sinnvoll, wie man Schulverwaltung und Schulen konsequent digital unterstützen könnte: über ein Schulverwaltungsportal und durch entsprechende Serviceprozesse. Voraussetzung hierfür ist eine klare Strategie, eine abgestimmte Konzeption im Schulbereich – mit Schulträgern und Verkehrsunternehmen, mit Eltern und Schülern gleichermaßen.

Die beiden Beispiele machen deutlich, dass eine digitale Agenda nur dann sinnvoll umgesetzt werden kann, wenn sie auf die konkreten Anforderungen einer Kommunalverwaltung fokussiert ist.

Organisatorisch bedeutet dies, dass der zuständige Verwaltungsvorstand eine eindeutige Verantwortung für die IT-Strategie definieren muss. In Unternehmen wird dies häufig durch den „Chief Information Officer (CIO)“ beschrieben. Eine solche Funktion sollte auch in Kommunalverwaltungen vorhanden sein. Dabei muss diese Rolle über die Verantwortung für Beschaffung von Hard- und Software hinausgehen: Vielmehr ist eine Aufgabenstellung gefragt, die die Digitalisierung der Verwaltung aktiv vorantreibt. Dies beinhaltet insbesondere, dass die IT-Konzepte aufeinander abgestimmt werden, dass sie zukunftsorientiert ausgerichtet sind und dass ein gemeinsames Verständnis im Verwaltungsvorstand und in der Abstimmung mit der Politik herbeigeführt wird. Solch einer CIO-Funktion kommt es ebenfalls zu, Effizienzpotenziale in der IT-Produktion aufzuspüren. Dies umfasst auch die Ausrichtung auf eine stärkere interkommunale Kommunikation, die vielfach schon in Form von kommunalen Rechenzentren besteht. Aber auch hier gibt es Optimierungspotenziale.

Management und Controlling

Die beschriebene CIO-Funktion läuft allerdings ins Leere und wird zu einem „zahnlosen Tiger“, wenn sie nicht in eine IT-Strategie der Kommune eingebettet wird. Heute würde man dies mit dem Begriff der „digitalen Agenda“ beschreiben. Aber was genau sind die Erfolgsfaktoren für deren Entwicklung und Umsetzung? Basis für den Erfolg einer IT-Strategie ist ein gemeinsames Verständnis von Verwaltungsführung und Politik darüber, welche kommunalen Aufgaben durch eine Digitalisierung

der Produkte und Prozesse effektiver und effizienter „produziert“ werden können. Hierzu müssen IT-Verantwortliche und die Fachebenen in Verwaltung und Politik Rahmenbedingungen analysieren und kommunale Aufgaben identifizieren, die in den nächsten Jahren durch IT verbessert werden können – unter Berücksichtigung begrenzter finanzieller Ressourcen. Die Ergebnisse können dann zu einer digitalen Agenda zusammengefasst werden, die aus IT-Teilstrategien für einzelne Fachbereiche und kommunale Aufgabenfelder besteht. Dabei muss erkennbar werden, wie die einzelnen Teilstrategien miteinander verzahnt sind. Erst dann kann ein konkretes IT-Projektportfolio für die nächsten Jahre entwickelt werden. Dies geht nicht ohne eine Controlling-Struktur, die vorrangig die Verwaltungsführung miteinbezieht: Die IT-Strategie zu betreiben, zu entwickeln und den kontinuierlichen Prozess sicherzustellen, ist zentrale Aufgabe des CIO, der Mitglied des Verwaltungsvorstandes ist und die Entwicklung und Umsetzung der digitalen Agenda gegenüber dem Rat verantwortet.

Diese Empfehlungen sind nicht neu. Sie sind seit Jahren Bestandteil der Literatur zur Strategieentwicklung und nicht zuletzt des Steuerungsmodells für Kommunen, das die KGSt in einer Vielzahl von Berichten beschreibt. Das neue kommunale Finanzmanagement erlaubt in Form von Budgetierung und Kosten- und Leistungsrechnungen eine bessere Steuerung des IT-Budgets, wenn es um dezentrale und/oder zentrale Verantwortung geht. Zudem bietet das System der leistungsorientierten Bezahlung Gestaltungsmöglichkeiten, um erfolgreiche IT-Projekte gegenüber den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu honorieren.

Die Digitalisierung bietet also ausreichend Gestaltungsspielraum und gute Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Management. Hinzu kommt das Vernetzungspotenzial der Informations- und Kommunikationstechnologie. Diese neuen Potenziale einer Digitalen Verwaltung 4.0 zu erkennen und auch zu heben, ist Aufgabe kommunaler Führungskräfte und kommunaler Politik.



Dieter Rehfeld

Vorsitzender der Geschäftsführung
der regio IT Aachen
www.regioit.de

Digitale Stadt der Zukunft

Handlungsfelder für Kommunen

Autoren Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Michael Lobeck

Digitale Stadt der Zukunft“ oder „Smart City“ oder auch „Intelligent City“ – es sind viele Begriffe im Umlauf, die beschreiben, dass Kommunen mit Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnologien ihre Herausforderungen angehen (sollen). Der Einsatz von EDV ist schon lange ein fester Bestandteil der Arbeit in kommunalen Handlungsfeldern. Ratsinformationssysteme sind neben zahlreichen Fachverfahren in den Ämtern ein gutes Beispiel dafür. Der hier beschriebene Sachverhalt meint jedoch mehr und qualitativ etwas anderes.

Zusätzlich zum fortschreitenden Einsatz von Computern zur Erledigung von Routineaufgaben kommt es seit einigen Jahrzehnten zur Vernetzung dieser Anlagen. Das Internet, wie wir es heute kennen, als ein Baustein der Digitalisierung, entstand Anfang der 90er Jahre und hat sich rasant entwickelt. Ging 1991 die erste Webseite online, gab es im Jahr 2000 bereits mehr als 17 Millionen davon, 2010 dann bereits mehr als 200 Millionen und in dem Moment, in dem dieser Text entsteht, existieren knapp 1 Milliarde Webseiten (internetlivestats.com). Gibt es heute noch eine deutsche Kommune, die keine eigene Webseite unterhält?

Die Handlungsfelder, die sich im Feld Digitalisierung für Kommunen ergeben, sind vielfältig. Und in diesen Themenbereichen gibt es jeweils unterschiedliche Aspekte, die berücksichtigt werden müssen – technische, politische, finanzielle, rechtliche, und viele andere mehr. Ausgewählte Aspekte des Alltagslebens werden hier zum Ausgangspunkt gemacht, um Themen zu beleuchten, die Kommunen in den Blick nehmen müssen, wenn sie die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Gesundheit und Leben im Alter spielen ebenso eine Rolle wie Arbeit und Wirtschaft oder der Kontakt des Bürgers zur Verwaltung und zur Politik mit E-Government.

Neben solchen Schwerpunkten, die sich aus den klassischen Aufgaben einer Kommune im Bereich der Daseinsvorsorge ergeben, stellen sich durch die Digitalisierung selbst zusätzliche neue Herausforderungen. Datenschutzaspekte beispielsweise gewinnen im digitalen Zeitalter eine neue Dimension. Besonders öffentliche Akteure sind hier gefragt, Konzepte zu entwickeln,

die neben der Möglichkeit der Nutzung von Daten auch den Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund rücken.

Digitales Leben im Alltag

Im Alltag hat das digitale Leben in einem beeindruckenden Maß Einzug gehalten. 63 Prozent der Deutschen über 14 Jahren nutzten 2015 nach eigenen Angaben täglich das Internet, 79 Prozent nutzen es „mindestens gelegentlich“ (ARD/ZDF Medienkommission 2014 und 2015). Bereits 85% Prozent der 12 bis 13-Jährigen nutzen „zumindest ab und zu“ ein Smartphone (BITKOM Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. 2014a). Digitale und vernetzte Angebote und Nutzungen betreffen alle Lebensbereiche.

Deutliche Unterschiede gibt es jedoch zwischen den Altersgruppen, was die Nutzung des Internets angeht. Während 100% der 14-19-Jährigen „mindestens gelegentlich“ das Internet nutzen, sind es bei den 60-Jährigen und Älteren 45%. Der Anteil der 60 Jahre alten und älteren mindestens gelegentlichen Internetnutzer ist von 2010 bis 2014 von 28% auf 45% gestiegen. Damit nutzen heute 9,6 Millionen Menschen im Alter von 60 und älter das Internet „mindestens gelegentlich“ (ARD/ZDF-Medienkommission 2014 und 2015).

Auch diejenigen, die kein Interesse an der Anwendung der Internet-Technologie haben, werden ständig mit unterschiedlichen Angeboten konfrontiert. „Weitere Informationen finden Sie auf unseren Internetseiten unter tagesschau.de“ hören mehrere Millionen Deutsche täglich, wenn sie die Tagesschau im Fernsehen ansehen. Kaum eine Werbeanzeige, die ohne Nennung einer Internetadresse auskommt, selbst Namensschilder an Wohnungen und Häusern in Innenstädten sind mit sogenannten „QR-Codes“ versehen, die dem Smartphone-Nutzer den direkten Zugriff auf eine Webseite mit weiteren Informationen ermöglichen.

Das Digitale ist also im Alltag vieler – besonders junger – Menschen angekommen. Aber was bedeutet das für den Alltag? Welche Themen werden von der Digitalisierung betroffen sein und was lässt sich in Zukunft erwarten? Schaut man sich die Kapitelüberschriften einschlägiger Smart-City-Bücher an, findet man folgende The-

men, die – hier sortiert nach der Häufigkeit der Erwähnung der jeweiligen Bereiche – in mehreren Untersuchungen als relevante Felder für Digitalisierung benannt werden:

- Mobilität / Verkehr
- Gesundheit / Leben im Alter
- Arbeiten / Wirtschaft
- Verwaltung / Politik / E-Government / E-Partizipation
- Energie
- Wohnen
- Umwelt
- Bildung
- Sicherheit
- Wasser
- Ver- und Entsorgung
- Konsumieren und Bezahlen
- Tourismus und Kultur

(Hatzelhoffer et al. 2012; Kaczorowski 2014; Meister 2012; Münchner Kreis e.V. et al. 2011; Widmann 2012; Bullinger und Röthlein 2012)

Die Abgrenzung der Themen ist in den genannten Texten nicht einheitlich, mal werden zum Beispiel unter „Energie“ eher Umweltaspekte behandelt, mal ökonomische. Deutlich wird in der Aufzählung der Themen, dass diejenigen Themen, die Menschen in ihrem Alltag „nah“ sind, auch in der Diskussion von Smart City-Konzepten eine Bedeutung finden. Ob eine Kommune sich in ihrem Alltag mit allen diesen Themen als Digitalisierungsaufgabe beschäftigt oder nur mit einzelnen, und wenn, dann in welcher Reihenfolge, hängt sicher von der konkreten Situation vor Ort ab.

Gesundheit und Leben im Alter

Konzepte der digitalen bzw. elektronischen Gesundheit (e-Health) betreffen zahlreiche Aspekte der medizinischen Versorgung. Für die kommunale Praxis sind neben einem möglichen Management eines kommunalen Krankenhauses insbesondere die Versorgungslage mit Hausärzten und Fachärzten sowie die Notfallversorgung der Bevölkerung ausschlaggebend. Grundsätzlich ist die Kommune zwar an diesen Themen sehr interessiert, aber, bis auf den Rettungsdienst, ohne formale Zuständigkeit. Eher betroffen und zuständig ist die Kommune bei verschiedenen Aspekten des Lebens im Alter.

Zur Unterstützung selbstbestimmten Lebens im Alter wird „Ambient Assisted Living“ (AAL), also das elektronisch oder digital ausgerüstete Haus (auch: „Smart Home“) schon länger diskutiert. Möglichst lange in der eigenen Wohnung und vertrauten Umgebung leben zu können wird immer wieder als Wunsch geäußert. Notrufschalter, Sturzsensoren, interaktive Bedienelemente zur Bestellung von Einkäufen und für soziale Kontakte werden unter anderem als Ausstattungsmerkmale altersgerechter Wohnungen erwähnt.

Folgende Kriterien werden von Experten genannt, wenn es darum geht, für Senioren geeig-

nete Wohnkonzepte unter Einbeziehung neuer Technologien zu entwickeln:

- Förderung sozialer Teilhabe
- Flexibilität in der Anpassung an den individuellen Alterungsprozess
- Einbettung in eine integrative Kultur des Alterns
- positive Umbewertung des Alterns als eigenständige Lebensphase
- Erleichterungen und Belastungen durch neue Technologien berücksichtigen

(Vgl. Georgieff 2009, S. 50).

An diesem Beispiel lässt sich gut erkennen, dass technikferne Kriterien genutzt werden, um den Einsatz und die Entwicklung von Technik zu beurteilen. Auch bei der Entwicklung von Angeboten zum Wohnen von älteren Menschen sollten die angestrebten Ziele und nicht die Technik im Mittelpunkt stehen.

Kommunen können eine sinnvolle Entwicklung auf diesem Feld insbesondere durch Kommunikation und strategische Konzeptionen und Partnerschaften fördern. Bürgerschaftliches Engagement in Kombination mit professionellen Angeboten kann eine Basis schaffen für die Entwicklung und Umsetzung von hilfreichen Ansätzen zum selbstbestimmten Leben im Alter – mit und ohne Technologie.

Arbeit und Wirtschaft

Eine wichtige Frage beim Thema Digitalisierung in Arbeit und Wirtschaft ist, ob die Sorge um einen modernisierungsbedingten Jobabbau zutreffend ist oder ob es lediglich eine Verschiebung zu neuen Tätigkeiten hin geben wird. Insbesondere die Frage der Automatisierung von Tätigkeiten spielt dabei eine wichtige Rolle. Selbstfahrende Fahrzeuge können Arbeitsplätze im Transportsektor ersetzen, aber auch Expertensysteme können heute als höher qualifiziert eingeschätzte Tätigkeiten zumindest teilweise übernehmen. Eine Studie hat für die USA geschätzt, dass innerhalb von ein bis zwei Jahrzehnten bis zu 47 Prozent der US-amerikanischen Arbeitsplätze überflüssig werden, weil sie effizienter von Automaten/Maschinen/Robotern erledigt werden können (Frey/Osborne 2013). Eine Erneuerung von Arbeitsverhältnissen ist kein grundsätzliches Problem. Allein die Geschwindigkeit könnte gesellschaftlich sehr schwierig werden, ebenso wie ein Streit um die Umverteilung der Rationalisierungsgewinne.

Hier sind Kommunen als Arbeitgeber gefordert – nicht um eine unaufhaltsame Entwicklung zu bremsen, sondern um möglichst frühzeitig gemeinsam mit ihren Beschäftigten Antworten auf diese Entwicklung zu erarbeiten.

Das Thema der vernetzten Unternehmen wird als „Industrie 4.0“ diskutiert. Diese Vorstellung von einem stärker digitalisierten und kommunikativ vernetzten Unternehmen, in der die Fertigungsstraße automatisch ihre Teile nachbestellt und Logistik-Kapazitäten für die Produkte bucht,

ist in einzelnen Bausteinen schon Realität. Das „Internet der Dinge“, in dem alle Einzelelemente aktiver Teil eines Netzwerkes werden, führt hier zu einem weiteren Entwicklungsschub.

Schließlich ist die Frage nach Datenschutz im Betrieb ein für die Arbeitswelt und Unternehmen wichtiges Thema. Gerade neue Sensoren im Rahmen des „Internets der Dinge“ ermöglichen technisch schon heute eine genaue Messung und Überwachung der Tätigkeit einzelner Mitarbeiter. Im Transportgewerbe wird eine Überwachung und Datenauswertung von Fahrern schon seit längerem praktiziert. Die Weiterentwicklung der Sensortechnik und die zunehmende Vernetzung können insbesondere mit Big Data-Analysen zu einer neuen Situation führen. Ebenso wie in der Frage eines möglichen Arbeitsplatzabbaus sind die Kommunen hier insbesondere in ihrer Rolle als Arbeitgeber und als Gesprächspartner gefragt.

Verwaltung / Politik / E-Government / E-Partizipation

Schließlich sind die Kommunen in ihrem eigenen Feld, der Verwaltung und Politik gefordert, Digitalisierung sinnvoll einzusetzen. Open Data und Open Government, also die Forderung nach Transparenz öffentlicher Daten und öffentlichen Handelns, stehen auf der Agenda. Getrieben werden die Forderungen von der Vorstellung, dass frei verfügbare Informationen über Daten und Prozesse die Chance der Weiterentwicklung durch Dritte zum Wohle aller beinhalten. Dieses Konzept wird bei der Entwicklung freier Software übernommen.

An welchen Stellen Transparenz zu einem Fortschritt führt und welche Schritte von Verfahren vertraulich sein müssen, das wird zurzeit neu ausgehandelt. Bemerkenswert an diesem Thema ist die grundlegende Frage, inwieweit eine Gesellschaft, die sich an Transparenz orientiert, noch fähig ist, Vertrauen zu entwickeln. Han (2013) formuliert hier ernsthafte Zweifel, da er davon ausgeht, dass die Ausweitung von Transparenz eher mit Kontrolle denn mit Vertrauen einhergeht. Solche grundsätzlichen Fragen gehören in regelmäßigen Abständen mit in die kommunale Praxis. Grundlegende Reflexionen von Veränderungen sind für die Fähigkeit „guten Regierens“ immer wieder erforderlich.

Pragmatischer ist dagegen die Forderung, zumindest in einer längeren Phase des Übergangs sogenannte Multi-Kanal-Zugänge zu ermöglichen. Es ist für eine große Gruppe der Bevölkerung sicher ein Vorteil, Formulare online verfügbar zu finden, über das Netz Termine zu vereinbaren oder gar mit dem Sachbearbeiter per Videokonferenz Anliegen klären zu können. Aus mehreren Studien wissen wir allerdings, dass ein gutes Viertel der Bevölkerung in digitalen Techniken wenig bewandert ist (z.B. DIVSI 2013). Für diese muss es – neben Schulungsmöglichkeiten – weiterhin die Möglichkeit geben, Kontakte mit ihrer Gemeinde auch ohne digitale Expertise abwickeln zu können.

Elektronische Partizipation ist ein offensichtlich verstärkt genutzter Ansatz mit dem Ziel, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern eine echte Teilhabe an wichtigen Entscheidungen der Kommune zu ermöglichen (Märker 2009). Die bisherigen Ansätze sind vielversprechend, erfüllen aber keine überzogenen Erwartungen, die neue Methode könne nun zur Befriedung von Konflikten führen oder riesige Mengen engagierter Bürgerinnen und Bürger hervorbringen. Hier zeigt sich die Forderung nach einem Multi-Kanal-Ansatz besonders eindringlich (Märker und Wehner Josef 2008). Niemand sollte von der Beteiligung an Entscheidungsprozessen nur aufgrund einer Abneigung oder fehlenden Ausstattung oder fehlendem Know-how im technischen Sinn ausgeschlossen werden.

Querschnittsthemen

Bei allen Anstrengungen, die kommunale Akteure unternehmen, gibt es einige Themen, denen besondere Aufmerksamkeit zukommen muss. Diese Querschnittsthemen sind nicht nur für alle Spezialanwendungen bedeutsam, sondern sie betreffen auch die Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens:

- Datenschutz und Privatheit müssen in allen kommunalen digitalen Anwendungen umfänglich und von Anfang an beachtet werden. Eine digitale Stadt ohne Datenschutz ist keine demokratische Stadt.
- Der sogenannte „Digital Divide“, also die Kluft zwischen denen, die sich gut mit den neuen Medien auskennen und denen, die sich damit schwer tun, muss ein Ansporn für Kommunen sein, dafür Sorge zu tragen, Alle auf dem Weg in die Zukunft mitzunehmen.
- Die Forderung der Bürgerinnen und Bürger, sich auch auf dem Weg der E-Partizipation immer stärker an kommunalen Entscheidungen zu beteiligen, ist nicht nur eine technische Herausforderung, die gemeistert werden will.

Datenschutz / Privatheit

In allen diskutierten Anwendungsfällen führt die Digitalisierung zu einer neuen Qualität im Umgang mit personenbezogenen Daten. Mayer-Schönberger und Cukier (2013, S.194ff) sprechen davon, dass die schiere Menge und die anlassunabhängige Speicherung ein neues Denken in Bezug auf Datenschutz erforderlich machen. In Zeiten von Big Data ist ein Konzept der durchaus richtigen individuellen Datenvermeidung nicht mehr ausreichend.

Hier sind neue Konzepte und auch Regelungen gefragt. Hannelore Kraft, die Ministerpräsidentin von NRW, hat in ihrer Regierungserklärung zur Digitalisierung am 29.1.2015 unter anderem von verschiedenen Elementen eines „Privacy by Design“ gesprochen, die die Landesregierung unterstützen will (datenschutzfreundliche Voreinstellungen, Zustimmungspflicht von Verbrauchern zur Datenverarbeitung). Neben der aktiven Förderung von Verschlüsselung ist das der erfolgversprechendste

Ansatz, das Grundrecht auf Privatsphäre in die digitale Gesellschaft der Zukunft zu überführen.

Ein weiterer Aspekt ist jedoch mindestens so wichtig wie die genannten technischen Erfordernisse. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wesentlich stärker als bisher über die Möglichkeiten und Risiken der Nutzung von datenverarbeitenden vernetzten Systemen aufgeklärt werden. Das betrifft die Kommunen in ihren verschiedenen Rollen, als Arbeitgeber, Datenverarbeiter, Erwachsenen-Bildungsträger und vor allem auch als Akteur in der politischen Arena und als Gesprächspartner.

Digital Divide

Eine Studie des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) teilt die Internetnutzer in sieben „Milieus“ ein. Die „Internetfernen Verunsicherten“ nehmen dabei 27 Prozent der Bevölkerung ein (DIVSI, 2013). Die Größenordnung deckt sich mit den Aussagen der ARD/ZDF Onlinestudie, die von 79 Prozent spricht, die das Internet „mindestens gelegentlich“ benutzen (ARD/ZDF Medienkommission 2014). Auch die Studie der Initiative D21, die einen Digital-Index 2014 zur Entwicklung der digitalen Gesellschaft in Deutschland erstellt hat, konstruiert eine Gruppe mit dem Namen „Außenstehende Skeptiker“, die mit 26 Prozent der Bevölkerung am digitalen Geschehen nicht oder nur sehr wenig teilnimmt (Initiative D21 2014).

Das herausragende Kriterium, dass die Abgrenzung dieser wie auch immer genau bezeichneten Bevölkerungsgruppe möglich macht, ist das Alter. Vor allem die ältere Bevölkerung nutzt das Internet und digitale Instrumente wenig. Viele werden schon den Satz gehört haben „Ach, das will ich nicht mehr lernen. Das brauche ich doch nicht.“ Einige werden dann auch erlebt haben, dass Mutter oder Vater oder Tante oder Onkel ab und zu doch einmal gefragt haben, mit welcher Zug-Verbindung man denn von A nach B käme.

Im Smart-City-Projekt „T-City Friedrichshafen“ hat sich gezeigt, dass ein Teil der älteren Bevölkerung, wenn es denn auf sie abgestimmte Angebote gibt, sehr interessiert an den „neuen“ Medien ist. Spätestens, wenn realisiert wird, dass der Kontakt zu Kindern und Enkeln, die vielleicht nicht um die Ecke wohnen, dadurch erleichtert wird, steigt die Lernmotivation erheblich an. Mit den ersten erfolgreichen Versuchen mit E-Mail und Skype werden auch die Möglichkeiten der Digitalisierung sichtbar. „Üben bringt Begeisterung“ war eine Schlussfolgerung aus den Gesprächen mit Seniorinnen und Senioren (Hatzelhoffer et al. 2012, S. 139f.).

Hier liegt ein Ansatz, der von Kommunen im Rahmen vielfältiger Aktivitäten aufgegriffen werden kann. In der Jugendhilfe wie in der Seniorenarbeit können und müssen die Kommunen diese aktuellen gesellschaftlichen Fragen reflektieren – trotz oder vielleicht sogar gerade wegen Finanzierungssengpässen allerorten.

E-Partizipation

In allen Bereichen kommunaler Aktivitäten wollen Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen und beteiligt werden. Die Nutzung digitaler Kommunikations- und Vernetzungsmedien erleichtert Interessierten sowohl die Mobilisierung von Mitstreitern als auch die Beschaffung und Vermittlung von Informationen und Interpretationen. Die digitalen Medien schränken darüber hinaus an vielen Orten die lange existierende Informationshoheit der öffentlichen Hand ein. E-Partizipation bietet neben einer ökonomisch verhältnismäßig kostengünstigen Möglichkeit der Konsultation der Bevölkerung noch weitere wichtige Vorteile sowohl für die Bürger als auch für denjenigen, der Menschen beteiligen will oder muss.

Und nicht nur für Bürger ist die elektronische Beteiligung an Planungsprozessen mit einer Arbeitserleichterung verbunden. Auch die zu beteiligenden Träger öffentlicher Belange, die in der Regel die meisten Anregungen in Beteiligungsprozesse einbringen, profitieren davon.

Viele Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung geschehen unabhängig davon, ob sich kommunale Vertreterinnen und Vertreter in die Diskussion einmischen. Aber die Kommunen sind wichtige Akteure, die durch ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern dafür sorgen können, dass eine digitale Stadt der Zukunft auch eine lebenswerte Stadt für ihre Bewohner sein wird.



Prof. Dr. Rainer Danielzyk

Leibniz-Universität Hannover,
Institut für Umweltplanung,
Generalsekretär der Akademie für
Raumforschung und Landesplanung (ARL)
www.arl-net.de



Michael Lobeck

Promediare Forschung,
Beratung, Mediation
www.promediare.de

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen von den Autoren aktualisierten und überarbeiteten Auszug aus „Die digitale Stadt der Zukunft“, Band 34 der Schriftenreihe der SGK NRW (2015).

Literaturverzeichnis

- Alle Online-Links wurden am 23.10.2015 geprüft.
- ARD/ZDF-Medienkommission (2014 und 2015): ARD/ZDF-Onlinestudie 2015. Online unter <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de>; Kurzlink: <http://bit.ly/ardzdf15>
- BITKOM Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (2014a): Pressekongress – Studie »Kinder und Jugend 3.0«. Online unter https://www.bitkom.org/Presse/Anhaenge-an-Pis/2014/April/BITKOM_PK_Kinder_und_Jugend_3_0.pdf; Kurzlink: http://bit.ly/bitkom_kuj30
- Bullinger, Hans-Jörg; Röthlein, Brigitte (2012): Morgensstadt. Wie wir morgen leben: Lösungen für das urbane Leben der Zukunft. München: Hanser.
- Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) (2013): DIVSI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet. Hamburg. Online unter https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2013/12/DIVSI_Milieu-Studie_Aktualisierung_2013.pdf; Kurzlink: <http://bit.ly/divsi13>
- Frey, Carl Benedikt; Osborne, Michael A. (2013): The Future of Employment: How susceptible are Jobs to Computerisation? Oxford University. Online unter http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf; Kurzlink: http://bit.ly/frey_osborne_13
- Georgieff, Peter (2009): Aktives Alter(n) und Technik. Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung -ISI-, Karlsruhe. Karlsruhe. Online unter <http://publica.fraunhofer.de/eprints/urn:nbn:de:0011-n-1143910.pdf>; Kurzlink: http://bit.ly/georgieff_09
- Han, Byung-Chul (2013): Im Schwarm. Ansichten des Digitalen. Berlin: Matthes & Seitz.
- Hatzelhoffer, Lena; Humboldt, Kathrin; Lobeck, Michael; Wiegandt, Claus-C. (2012): Smart City konkret. Eine Zukunftswerkstatt in Deutschland zwischen Idee und Praxis; Evaluation der T-City Friedrichshafen. Berlin: Jovis-Verlag.
- Initiative D21 (2014): D21-Digital-Index 2014. Die Entwicklung der digitalen Gesellschaft in Deutschland. Online unter http://www.initiaved21.de/wp-content/uploads/2014/11/141107_digitalindex_WEB_FINAL.pdf; Kurzlink: http://bit.ly/d21_index2014
- Kaczorowski, Willi (2014): Die smarte Stadt – Den digitalen Wandel intelligent gestalten. Handlungsfelder, Herausforderungen, Strategien. Stuttgart: Boorberg.
- Märker, Oliver (2009): Studie: E-Partizipation in Deutschland. Stärken - Schwächen – Handlungsempfehlungen. In: JEDEM 1 (1), S. 45–54. Online unter <http://www.jedem.org/index.php/jedem/article/view/11/12>; Kurzlink: http://bit.ly/maerker_epart
- Märker, Oliver; Wehner Josef (2008): E-Partizipation – ein Beratungsinstrument für Politik und Verwaltung. In: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft (14), S. 1–17. Online verfügbar unter www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_maerker_wehner_080718_01.pdf; Kurzlink: http://bit.ly/maerker_wehner
- Mayer-Schönberger, Viktor; Cukier, Kenneth (2013): Big Data. Die Revolution, die unser Leben verändern wird: Redline Verlag.
- Meister, Ulrich (Hg.) (2012): Vision 2030. So leben, arbeiten und kommunizieren wir im Jahr 2030. Offenbach: Gabal.
- Münchner Kreis e.V.; EICT GmbH; Siemens AG; Deutsche Telekom AG; TNS Infratest GmbH; Zweites Deutsches Fernsehen (2011): Zukunftsbilder der digitalen Welt. Nutzerperspektiven im internationalen Vergleich. Unter Mitarbeit von www.mc-quadrat.com. München (Zukunftsstudie Münchner Kreis, 4).
- Schulze-Wolf, T. (2009): Internetgestützte Beteiligung in formellen Planungsverfahren. In: Lena Hatzelhoffer, Wolfgang Müller, Michael Lobeck und Claus-C. Wiegandt (Hg.): E-Government und Stadtentwicklung. Berlin (Schriften des Arbeitskreises Stadtzukünfte der Deutschen Gesellschaft für Geographie, 8), S. 61–74.
- Widmann, Helmut (Hg.) (2012): Smart city. Wiener Know-how aus Wissenschaft und Forschung. Unter Mitarbeit von Astrid Kuffner und Jürgen Hatzenbichler. Wien: Schmid.



Breitbandausbau in ländlichen Regionen – ein wichtiges Projekt der Digitalen Agenda

Digitale Agenda in den Kommunen

Mehr als Digitale Verwaltung

Autorin Saskia Esken

Mit ihrer Digitalen Agenda hat die Bundesregierung einen Katalog von Maßnahmen zur politischen Gestaltung der Digitalisierung vereinbart. In zahlreichen Projekten werden Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingebunden und machen die Agenda so zu einem gesamtgesellschaftlichen Projekt.

Eines der Kernprojekte der Digitalen Agenda ist dabei der Ausbau des Breitbandnetzes mit einer Leistung von mindestens 50 mBit/s auch in der Fläche. Der Bund stellt hierfür Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass in den Breitband-Förderrichtlinien das Betreibermodell ermöglicht wird, so dass unterversorgte Kommunen die Infrastruktur selbst bauen und verpachten können, und Kommunen in Finanznöten eine höhere Förderung erhalten können. Letztlich zeigt sich aber auch hier, was für die meisten Aufgaben gilt: Die Kompetenz für eine Umsetzung, die die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt, liegt nicht bei der EU, beim Bund oder den Ländern, die liegt auf der kommunalen Ebene.

Große Chance

Es ist deshalb wünschenswert, dass auch die Kommunen sich mit ihrer digitalen Agenda beschäftigen, um komplexe Herausforderungen wie den demografischen Wandel, die steigende Aufgabenfülle und Erwartungshaltung der Bevölkerung bei gleichzeitig begrenzten Haushaltsmitteln zu bewältigen. In der Einbindung unterschiedlichster Akteure zur Gestaltung kommunaler Aufgaben mithilfe digitaler Medien und Prozesse liegt dabei eine große Chance für die Kommunen, denn die Digitalisierung bietet für viele der anstehenden Aufgaben innovative Lösungen.

Sei es mit digitalen Bezahlangeboten beim Parken oder im Schwimmbad oder mit einer Fahrplan-App, sei es mit einem öffentlichen WLAN-Angebot und digitalen Informationssystemen im öffentlichen Raum, die beim Wandern oder beim Stadtbummel unterstützen: Die Städte und Gemeinden in Deutschland können mit dem digitalen Wandel nur gewinnen und ihre Attraktivität für Touristen ebenso steigern wie für Bürgerinnen und Bürger.

Was läge also näher, als sich in der Kommune

zusammensetzen und zu überlegen: Was kann der digitale Wandel für uns tun? Wie können wir die Lebensqualität und die Qualität der Daseinsvorsorge erhalten oder gar verbessern, wie können wir die regionale Wirtschaft und wie die Zivilgesellschaft stärken?

Für einen souveränen und kompetenten Zugang aller Menschen zu einer digitalen Welt ist es wichtig, dass Bildungseinrichtungen technisch ausgestattet werden und dass sie Konzepte der digitalen Bildung entwickeln. Nicht nur allgemeinbildende und berufliche Schulen und Einrichtungen der Weiterbildung, auch Bibliotheken, Museen und andere kulturelle Einrichtungen müssen sich für digitale Angebote öffnen. Mit einer Beteiligung von Nutzern und externen Akteuren können attraktive Angebote auf innovative Weise entstehen.

Konzepte für digitale Bildung

Vor allem in ländlichen Regionen wird durch den wachsenden Online-Handel ein Aussterben von Ladengeschäften oder gar Innenstädten befürchtet. Dabei entscheiden sich Kunden meist nicht bewusst für on- oder offline, sondern für den besseren Service, und der kann durchaus in einer Verbindung beider Welten liegen, die die Recherche und Kaufvorbereitung im Internet mit einem rundum gelungenen Einkaufserlebnis im Ladengeschäft verbindet, das den besonderen Bedürfnissen des Kunden entgegenkommt. Kommunen könnten den regionalen Handel stärken, indem sie die Online-Präsenz solcher Angebote auf einer regionalen Plattform ermöglichen.

Auch in die Projekte der Digitalen Verwaltung sollten Kommunen die Nutzer mit einbeziehen, denn am Ende ist es die Akzeptanz der Nutzer, die den Erfolg digitaler Verwaltung ausmacht, und die hängt nicht nur von Vertrauen in Datenschutz und IT-Sicherheit ab, sondern auch vom Mehrwert. Wichtig dabei ist, dass unterschiedliche Verwaltungseinheiten und -ebenen an einem Strang ziehen. Das digitale Portal für den Bauantrag macht bei verteilter Behördenzuständigkeit nur dann Sinn, wenn möglichst viele medienbruchfrei eingebunden werden können. Anzustreben sind gemeinsame Konzepte für durchgängige digitale Verwaltungsprozesse und Dienstleistungen.

Die Digitale Agenda in den Kommunen muss jetzt in Angriff genommen werden – auf Zusammenarbeit ausgelegt und flexibel, um auf die steten Veränderungen in der digitalen Welt reagieren zu können.



Saskia Esken, MdB ist stellvertretende netzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

V.i.S.d.P.:

Petra Ernstberger, Parlamentarische Geschäftsführerin,
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20,
 petra.ernstberger@bundestag.de

Lokale Demokratie im Zeitalter der Digitalisierung

Entgrenzte Beteiligung?

Autorin Frauke Janßen

Online einen Termin beim Bürgeramt vereinbaren, Lebensmittel im Internet bestellen oder mit dem Freund am anderen Ende der Welt kommunizieren: Die Digitalisierung durchdringt den Alltag vieler Menschen mittlerweile wie selbstverständlich. Was bedeutet eine Entwicklung, die auf mehreren Ebenen durch Entgrenzung gekennzeichnet ist, für das Zusammenleben von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort? Wie wirkt die fortschreitende Digitalisierung sich auf die lokale Demokratie und das Verhältnis ihrer Akteure aus? Wie lässt sich in diesem Kontext ein kommunalpolitischer Gestaltungsauftrag (neu) definieren?

Merkmale des gesellschaftlichen Wandels, wie Individualisierung und Ausdifferenzierung von Lebensformen sowie zunehmende Mobilität, werden durch die Digitalisierung beschleunigt und verstärkt. Ein steigendes Bildungsniveau und die Komplexität politischer Prozesse und Entscheidungen gehen einher mit einem gesteigerten Bedürfnis von BürgerInnen nach transparenten Entscheidungsprozessen und dem Wunsch, in diese Prozesse einbezogen zu werden. Verwaltung und Politik stehen vor der Aufgabe, auf diese gestiegenen Ansprüche gegenüber Kommunalpolitik einzugehen und ein verbessertes Informationsangebot sowie geeignete Kanäle der Beteiligung und Teilhabe zu schaffen. Gleichzeitig gibt es viele innovative Ideen und Konzepte aus der Zivilgesellschaft, die zum Ziel haben, Verbesserungen und Erleichterungen für BürgerInnen zu schaffen und das Zusammenleben vor Ort mitzugestalten.

Mobilisierung und Aktivierung von Engagement durch digitale Technologie

Für den Gestaltungswillen aus der Mitte der Bürgerschaft gibt es viele Beispiele. Im Programm „Code for Germany“ der Open Knowledge Foundation treffen sich in verschiedenen Städten SoftwareentwicklerInnen, PolitikerInnen, DesignerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen, um offene Daten mit bestimmten Anwendungen nutzbar zu machen. Vielfach geht es hierbei darum, Informationen, die grundsätzlich zwar öffentlich, aber praktisch schwer zu finden sind, für BürgerInnen zugänglich zu machen. Ein Beispiel dafür ist die Website „Bürger baut Stadt“, die übersichtlich über Bauvorhaben in Berlin berichtet. BürgerInnen soll es so ermöglicht werden, sich frühzeitig

über Bauvorhaben zu informieren, um sich am Prozess zu beteiligen. Eine Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung mit den örtlichen Gruppen (den sogenannten „OK-Labs“) ist in diesem Zusammenhang besonders lohnenswert, um beidseitige Expertise auszutauschen, mehr Transparenz für BürgerInnen und eine gesteigerte Legitimität der Bauprojekte herzustellen.

Durch soziale Netzwerke ist es Engagierten heute möglich, sich schnell und effektiv zu vernetzen und zu organisieren. In der derzeitigen Situation, in der eine anhaltend hohe Zahl an Flüchtlingen nach Deutschland kommt, wurde so vielerorts bedarfsorientiert geholfen. Die virale Verbreitung von Informationen und Bedarfen über soziale Medien hat einen bedeutenden Anteil an der Aktivierung und Mobilisierung von HelferInnen. Deutlich wird jedoch in Krisensituationen, dass eine Koordination von offizieller Seite notwendig ist, auch damit die freiwilligen HelferInnen weder sich gegenseitig noch offizielle Stellen bei den notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Krisensituation behindern.

Ein Positivbeispiel ereignete sich im September dieses Jahres, als Tausende von Flüchtlingen in sehr kurzer Zeit am Münchner Hauptbahnhof ankamen. Die Münchner Polizei nutzte den Nachrichtendienst Twitter in dieser Situation effektiv, indem sie in Echtzeit nicht nur transparent über die Situation informierte, sondern auch das ehrenamtliche Engagement koordinierte. Dass einer der späteren Tweets die Bitte beinhaltete, derzeit keine weiteren Hilfsgüter zu bringen, ist ein Beispiel dafür, wie einerseits situativ eine große Hilfsbereitschaft und Engagement mobilisiert werden kann und wie dieses Engagement gleichzeitig koordiniert werden muss, um Fehlentwicklungen zu verhindern. Zudem verhindert dies auch eine mögliche Frustration der engagierten HelferInnen.

Kommunen schaffen Kanäle für digitale Partizipation

Doch wie kann Partizipation verstetigt werden und Aktivierung sowie Beteiligung jenseits unmittelbarer Krisensituationen gelingen? Um BürgerInnen neben konventioneller Beteiligung bei Wahlen neue Wege der Partizipation zu eröffnen, setzen viele Kommunen auf Konzepte und Anwendungen im Rahmen von elektronisch gestützten Beteiligungsformaten. Damit verbindet sich auch

die Hoffnung, Beteiligung niedrigschwelliger zu machen und Menschen für lokale Politikprozesse zu gewinnen, die sich bisher nicht beteiligt haben, um damit die politische Responsivität zu erhöhen.

Große mediale Aufmerksamkeit erhielt der Landkreis Friesland, als im November 2012 die vom Kreistag beschlossene Online-Plattform Liquid Friesland startete. Die Plattform soll eine erweiterte, dauerhafte Bürgerbeteiligung ermöglichen. Wahlberechtigte können online sowohl eigene Vorschläge einbringen, als auch Vorhaben des Kreises diskutieren, verändern und über sie abstimmen. Findet ein Vorschlag eine Mehrheit und zugleich die Zustimmung von 10 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer von Liquid Friesland, wird dieser im Kreistag behandelt. Kommunalrechtlich werden diese erfolgreichen Initiativen als Anregungen und Beschwerden (entsprechend § 34 NKomVG) behandelt, die Kommentierung von und Abstimmung über Verwaltungsvorlagen gelten als Bürgerbefragung (entsprechend § 35 NKomVG). Im Juni 2013 fiel die Entscheidung, die Plattform Liquid Friesland nach einer Pilotphase in Dauerbetrieb zu nehmen, auch wenn die Anzahl der NutzerInnen im Vergleich zur Einwohnerzahl des Kreises gering ist und deshalb nicht repräsentativ. Oft gehegte Erwartungen in Verbindung mit E-Partizipation, insbesondere die, dass sich die Beteiligungsquantität erhöht, wurden auch hier nicht maßgeblich erfüllt. Gescheitert ist dieses Projekt jedoch nicht, wenn man es als das begreift, was es ist: Ein ergänzender Kanal, der es BürgerInnen ermöglicht, lokale Demokratie mitzugestalten.

Wichtig ist also auch zu fragen: Wer nutzt eigentlich das Netz wofür? Laut dem (N)ONLINER-Atlas der Initiative D21 nutzten im letzten Jahr 97,8 Prozent der 14 bis 19-Jährigen das Internet. Unabhängig von der sogenannten digitalen Souveränität liegt also ein besonders großes Potenzial für online-basierte Beteiligungsverfahren bei der Jugend.

In der Stadt Biberach in Baden-Württemberg wurde so ein neues Jugendhaus online geplant. Vier Architekturbüros haben Entwürfe dafür entwickelt, in einer geschlossenen Facebook-Gruppe haben die Jugendlichen die Entwürfe diskutiert und Vorschläge und Wünsche geäußert, die von den Architekturbüros berücksichtigt wurden. In einem moderierten Prozess wurden so Vorstellungen und Wünsche mit der Kommunalpolitik rückgekoppelt und konnten in die Planung einfließen. Hunderte Jugendliche verschiedenster Bildungshintergründe beteiligten sich an der Planung für „ihr“ Jugendhaus. Die Annahme, dass online-basierte Verfahren den Aufwand von Beteiligungsprozessen verringern, bestätigte sich auch in diesem Beteiligungsverfahren keinesfalls. Der Beteiligungsprozess wurde „eingerahmt“ durch zwei Offline-Veranstaltungen, zu Beginn des Prozesses wurde in Schulen aktiv geworben, um Jugendliche unterschiedlicher Bildungshintergründe einzubeziehen und nicht zuletzt wurde der Diskussionsprozess in der Facebook-Gruppe professionell

moderiert und strukturiert. Dass am Ende dieses Prozesses eine für alle Akteure tragfähige Entscheidung stand, hatte vor allem mit der hohen Verbindlichkeit aller Akteure und einem sorgfältig konzipierten Beteiligungskonzept zu tun, welches auf die Zielgruppe zugeschnitten war. Mit der Nutzung von Facebook ging die Verwaltung also dorthin, wo die Jugendlichen sind. So konnte die Identifikation und Mitsprache erhöht werden, gefördert und gelenkt jedoch durch professionelle Moderation und natürlich vorbehaltlich der eigentlichen Entscheidung durch den Gemeinderat.

Chancen und Grenzen der Digitalisierung für die lokale Demokratie

All dies zeigt: Lokale Demokratie hat im digitalen Zeitalter viele Gesichter. Wenn BürgerInnen sich treffen, um offene Daten für die örtliche Gesellschaft nutzbar zu machen und Lösungen für kommunale Probleme suchen, dann ist dies ein erfreulicher Ausdruck der Innovationskraft und Mitgestaltungsfreude aus der Mitte der Zivilgesellschaft. Stadt- und Gemeindeverwaltungen müssen diese Lust am Mitmachen aktiv einbinden, um vom Wissenstransfer zu profitieren und gleichzeitig zurück zu spiegeln, wie nicht nur kommunale Selbstverwaltung funktioniert, sondern auch die politische

Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in politischen Gremien. Die Akzeptanz des lokalen politischen Systems und die Identifikation mit ihm kann dadurch erhöht werden.

Wenn in Krisensituationen Menschen freiwillig helfen und durch soziale Medien in der Lage sind, sich schneller zu organisieren, dann ist dies nicht nur Ausdruck von Solidarität, sondern auch von Identifikation mit der Stadt und der Region, in der man lebt. Die Geschwindigkeit, in der es heute möglich ist, sich zu organisieren, stellt die etablierten Akteure der Kommunalpolitik vor große Herausforderungen, Prozesse zu koordinieren und die Tendenz zu situativem Engagement in entsprechende Bahnen zu lenken. Soziale Medien liefern hier jedoch zugleich die Lösung, wenn lokale Behörden sich ihrer annehmen.

Ein Gesicht der Digitalisierung bleibt jedoch die Reproduktion sozialer Ungleichheiten: Laut dem (N)ONLINER-Atlas 2014 nutzen in Deutschland circa ein Viertel der Menschen das Internet nicht oder nur sehr begrenzt und sind damit auch von den Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, größtenteils ausgeschlossen. Teil des kommunalpolitischen Gestaltungsauftrages muss es deshalb sein, ressourcenschwache Gruppen aktiv einzubinden und die soziale Selektivität von

elektronischen Beteiligungsformaten auszugleichen. Neben E-Partizipation muss immer auch ein analoger Beteiligungsweg eröffnet werden. Die Möglichkeiten von Aktivierung, Mobilisierung und Partizipation durch digitale Technologien gilt es zu nutzen mit gleichzeitiger Sensibilität für soziale Ungleichheiten. Insofern können die Möglichkeiten der Digitalisierung in einer im Kern repräsentativ angelegten lokalen Demokratie ein „mehr“ an Werkzeug bedeuten, jedoch keine fundamentale Neudefinition eines Verhältnisses zwischen RepräsentantInnen und BürgerInnen begründen.



Frauke Janßen
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
der Bundes-SGK
www.bundes-sgk.de

FOTO: PEGGY MÄRZ

Anzeige



NACH DEM KONGRESS IST VOR DEM KONGRESS:

11. DEMO-KOMMUNALKONGRESS

17. – 18. November 2016, Berlin

*Jetzt Termin 2016
vormerken!*



Initiative Intelligente Vernetzung

Regionale Netzwerke zur Weiterentwicklung der Digitalisierung

Autor Thilo Zelt

Regionen brauchen moderne Strukturen mit schlanken und effizienten Prozessen, um attraktiv und wettbewerbsfähig zu bleiben – das heißt heute auch, Digitalisierung und Intelligente Vernetzung voran zu treiben. Die Metropolregion Rhein-Neckar ist hier ein Vorreiter: Im Rahmen des Modellvorhabens „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ vereinfacht die Region zum Beispiel die Verwaltungsprozesse für Unternehmen. Dafür werden verschiedene Behörden in der Region miteinander vernetzt und verwaltungsinterne Abläufe optimiert. Die Metropolregion Rhein-Neckar gilt mittlerweile als Modellregion in Sachen E-Government und verfügt damit über eine gute Grundlage für die breitere Umsetzung von Intelligenter Vernetzung, also der Digitalisierung in den Sektoren Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung.

In vielen Kommunen liegt der Fokus heute auf der Intelligenten Vernetzung der Verwaltung, und bis vor kurzem steckte auch die Digitalisierung in diesem Bereich noch in ihren Kinderschuhen: So war das Thema E-Government vor rund zehn Jahren auch in der Metropolregion Rhein-Neckar kaum bekannt, Vorbilder auf regionaler Ebene gab es nicht. Zu dieser Zeit begann Christine Brockmann, sich für die Metropolregion Rhein-Neckar damit auseinanderzusetzen. Seitdem hat sich beim Thema E-Government in der Region einiges getan. Aber wie genau gelingt es, Verwaltungen mittels Digitalisierung und Vernetzung effizienter und erfolgreicher zu machen?

Erfolgsfaktoren auf dem Weg zur Digitalen Verwaltung

Christine Brockmann, die heute den Bereich E-Government bei der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH leitet, ist überzeugt: Will man in einem bestimmten Bereich die Prozesse vereinfachen, ist es entscheidend, alle betroffenen Akteure zunächst an einen Tisch zu holen, gemeinsam Probleme zu identifizieren und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Geht es also beispielsweise darum, die Genehmigungsverfahren rund um Straßenausgrabungen zu vereinfachen, so gilt es, die zuständigen Behörden – wie Verkehrsbehörden und Tiefbauämter – anzusprechen, aber auch Unternehmen, wie etwa Netzbetreiber und Bauunternehmen. „Man muss sich darauf einstellen, dass die

Zusammenarbeit zwischen so unterschiedlichen Partnern aufwändig ist. Aber echte Fortschritte erreicht man nur, wenn alle relevanten Akteure mitmachen“, sagt Christine Brockmann.

Die Vernetzung funktioniert aber auch deshalb so gut, da es mit der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH seit 2006 eine neutrale Stelle gibt, die die nötigen Prozesse moderiert und eine Vermittlerrolle zwischen Behörden und Wirtschaft einnimmt. „Das bringt die Region in eine sehr komfortable Situation“, sagt Christine Brockmann. Ihr stärkstes Argument gegenüber allen Akteuren ist, dass die gesamte Region davon profitiert, wenn gemeinsame Lösungen gefunden werden. Im Lauf der Jahre hat sich in der Region eine gute Kultur der Zusammenarbeit und ein Bewusstsein für die gemeinsamen Ziele entwickelt. Eine Haltung, die man nicht von oben verordnen könne, sondern die durch erste Projekte angestoßen und laufend wachsen müsse, so Brockmann.

Intelligente Vernetzung als ganzheitlicher Ansatz

Möglichkeiten der Digitalisierung und Vernetzung sollen in der Metropolregion Rhein-Neckar künftig über den Verwaltungssektor hinaus genutzt werden. Aktuell entwickeln die Verantwortlichen ein Handlungskonzept mit einem ganzheitlichen Ansatz. Sie identifizieren Themen, die sektorenübergreifend angegangen werden sollen. Zum Beispiel entwickelt Christine Brockmann mit ihren Kolleginnen und Kollegen derzeit eine Projektidee für den Umgang mit Daten der öffentlichen Hand, die für verschiedene Sektoren – etwa Energie und Verkehr – relevant sind. Welche Daten werden von wem benötigt? Sollte man diese Daten öffentlich zugänglich machen? Ist das mit den Grundsätzen des Datenschutzes kompatibel? Wie schafft man es, dass die veröffentlichten Daten laufend aktualisiert werden?

Solche Fragen beschäftigen nicht nur die Metropolregion Rhein-Neckar. Sie werden vielmehr in zahlreichen Städten, Kommunen und Regionen in ganz Deutschland diskutiert. Es geht darum, vermehrt Informations- und Kommunikationstechnik in den Bereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung zu nutzen. Das ist mit „Intelligenter Vernetzung“ gemeint: Infrastrukturen und Informationen sollen systematisch digita-

lisiert und die zuständigen Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft vernetzt werden. Wenn dies gelingt, kann das nach Einschätzung von Experten den Wohlstand hierzulande beträchtlich steigern – im gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interesse.

Vorteile für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (Bitkom) und das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) haben in einer gemeinsamen Studie errechnet, dass in den Basissektoren Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung durch Intelligente Vernetzung ab dem Jahr 2022 ein wirtschaftlicher Gesamtnutzen in Höhe von rund 56 Milliarden Euro pro Jahr möglich ist. Dies entspricht rund zwei Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts. Die Berechnung umfasst rund 17 Milliarden Euro Wachstumsimpulse durch neue Anwendungen und Dienstleistungen sowie rund 39 Milliarden Euro Effizienzgewinne, das heißt Einsparungen aufgrund der optimierten Auslastung der Infrastruktur.

Intelligente Vernetzung bietet auch Bürgerinnen und Bürgern viele Vorteile. Im Energiesektor könnten die Stromkosten sinken – durch einen optimierten Verbrauch (zum Beispiel durch intelligente Stromzähler) oder eine optimierte Netz- und Versorgungsstruktur. Im Bildungsbereich geht es um sogenannte E-Learning-Angebote mit Videos oder Lernplattformen. E-Learning ermöglicht es, die Zeit, den Ort und das Tempo des Lernens flexibel festzulegen. So kann die eigene Bildung leichter mit anderen beruflichen oder familiären Verpflichtungen in Einklang gebracht werden. Außerdem wird der Zugang zu Bildung einfacher, so dass auch solche Menschen Bildungschancen erhalten, die ansonsten keinen Zugang zu bestimmten Bildungseinrichtungen hätten. Im Gesundheitssektor gewährleisten Anwendungen der Telemedizin eine intensive Betreuung der Patientinnen und Patienten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort. Im Verkehrssektor können automatische Leitsysteme Staus und Unfälle reduzieren. Und eine digitale Verwaltung kann Unternehmen und Bürger spürbar entlasten, weil viele administrative Angelegenheiten nicht mehr den Gang zur Behörde erfordern, sondern von überall und zu jeder Zeit erledigt werden können.

Bundesregierung beschließt Strategie Intelligente Vernetzung

Die vielen Chancen und Vorteile, die die Intelligente Vernetzung bietet, gilt es zu nutzen. Dafür setzt sich die Bundesregierung ein und hat daher im September 2015 eine entsprechende Strategie beschlossen: die Strategie Intelligente Vernetzung. Federführend war dabei das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Ziel der Strategie ist es, durch die Vernetzung von

Geräten, Abläufen und Diensten gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie den demografischen Wandel, zunehmende Mobilität und die Energiewende zu meistern. Digitalisierung und Vernetzung sollen zu einer Steigerung des Wohlstandes beitragen; durch die effizientere Nutzung bestehender Infrastrukturen die Kosten für private und öffentliche Haushalte sinken.

Um dies zu erreichen, wird die Bundesregierung in vier Bereichen aktiv:

- Sie unterstützt laufende Initiativen in den Sektoren Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung und baut bestehende Hemmnisse ab;
- Die Bundesregierung fördert die Zusammenarbeit über die Sektoren hinweg und trägt so ähnlichen Interessenlagen und Fragestellungen Rechnung;
- Sie verbessert die Rahmenbedingungen für die Intelligente Vernetzung, zum Beispiel in den Bereichen Datensicherheit oder Standardisierung – durch eine übergreifende Koordinierung sollen Synergien gehoben werden;
- Die Bundesregierung stärkt die Beteiligung, da ein partizipativer Prozess die Grundlage für eine hohe Bekanntheit – und damit auch die Akzeptanz – ist.

In diesen vier Bereichen hat die Bundesregierung über 30 konkrete Maßnahmen beschlossen. Dazu zählen unter anderem Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte und die Unterstützung von Gründerinnen und Gründern durch gezielte Hilfestellungen bei Datenschutzfragen und Fördermöglichkeiten. Weiterhin geht es darum, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Innovationen und Projekte in den fünf Infrastrukturbereichen zu verbessern, zum Beispiel für Intelligente Energienetze.

Initiative Intelligente Vernetzung als zentrale Anlaufstelle

Um die zahlreichen Potenziale zu heben, sind mehr Information und Kommunikation notwendig. Es ist wichtig, den Austausch der betroffenen Sektoren (und der Bürgerinnen und Bürger) zu fördern, das Wissen um Intelligente Vernetzung zu erhöhen und das Thema durch mehr gute Beispiele greifbar zu machen. Deshalb hat das BMWi die Initiative Intelligente Vernetzung gestartet.

Ihr Ziel ist es, die Intelligente Vernetzung voranzubringen, gemeinsam mit einem Netzwerk von mehr als 50 Partnern aus Unternehmen, Forschungsinstitutionen und Verbänden sowie Experten aus den Anwendungssektoren Bildung,

Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung. Für die Initiative Intelligente Vernetzung wurde eine Anlaufstelle eingerichtet. Einer der Schwerpunkte der Arbeit ist es, relevante Akteure und Projekte aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft stärker miteinander zu vernetzen und eine intensivere branchenübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. Hierfür führt die Initiative Befragungen, Surveys und Studien durch, zum Beispiel eine Studie über die Fördermittellandschaft auf EU-, Bundes- und Länderebene und eine Befragung zur Akzeptanz von Anwendungen der Intelligenen Vernetzung.

Akzeptanz ist ein Schlüsselfaktor

Bei der Auftaktveranstaltung der Initiative Intelligente Vernetzung am 19. Juni 2015 in Berlin wurden die Ergebnisse der ersten Befragung der Initiative zum Thema Akzeptanz vorgestellt. Matthias Machnig, Staatssekretär im BMWi, betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung Intelligenter Vernetzung und die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen für Deutschland. Gleichzeitig machte er deutlich: „Der Schlüssel für die Nachfrage und Nutzung innovativer Lösungen und damit für den Erfolg der Digitalisierung liegt in der Akzeptanz. Handlungsbedarf

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN
FÜR KOMMUNALPOLITIK

JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!

[www.facebook.com/
demo.online](http://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir

besteht insbesondere darin, das Wissen um entsprechende Anwendungen und deren Chancen zu erhöhen, da viele Menschen für sie mögliche Anwendungen häufig gar nicht kennen. Denn die Akzeptanz Intelligenter Vernetzung steigt, je besser Menschen über die entsprechenden Anwendungen Bescheid wissen und diese nutzen.“

Die von Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Auftrag der Initiative durchgeführte repräsentative Bevölkerungsbefragung „Akzeptanz von Anwendungen Intelligenter Vernetzung“ bestätigte: Viele Menschen sehen einen gesellschaftlichen, aber auch persönlichen Nutzen Intelligenter Vernetzung. Als persönliche Vorteile nehmen rund 80 Prozent der Befragten die größere Flexibilität und Qualität sowie Kosteneinsparungen wahr. Zudem ist zu sehen, dass die Akzeptanz Intelligenter Vernetzung steigt, je mehr Menschen die entsprechenden Anwendungen kennen und diese nutzen. Unter allen Befragten lag der Akzeptanz-Index bei 4 (auf einer Skala von 0 bis 10), während er bei den Befragten, die auch entsprechende Anwendungen kannten, bei 6 lag. Am stärksten ist die Akzeptanz Intelligenter Vernetzung bei jungen Menschen, die offen für neue Technik sind und intensiv das Internet nutzen.

Die Ergebnisse wurden bei der Auftaktveranstaltung im Rahmen mehrerer Workshops intensiv diskutiert. Dabei waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig:

- Anwendungen Intelligenter Vernetzung müssen für die Menschen greifbar und erfahrbar gemacht werden – beispielsweise durch Modellregionen.
- Professionelle Anwenderinnen und Anwender wie Lehrerinnen und Lehrer, Ärztinnen und Ärzte sowie Beamte müssen aktiv informiert und unterstützt werden, damit die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden und auch im Rest der Bevölkerung auf Vertrauen stoßen.
- Die Probleme mit Datenschutz und -sicherheit müssen geklärt und transparent kommuniziert werden. Denn ohne das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in sichere Daten wird es schwer, Menschen von den Vorteilen der Anwendungen zu überzeugen.

Open-Innovation-Plattform: online diskutieren und Netzwerke bilden

Neben den beschriebenen Informationsangeboten ist die Open-Innovation-Plattform ein weiterer zentraler Baustein der Initiative. Auf diesem digitalen Markt- und Diskussionsplatz der Intelligenter Vernetzung können sich Expertinnen und Experten, Nutzerinnen und Nutzer sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Initiative beteiligen: Sie können sich zu Trends und übergreifenden Problemstellungen austauschen, aber auch eigene Ideen und Erfahrungen einbringen und Best-Practice-Projekte vorstellen, zum Beispiel zu virtuellen Kraftwerken oder Gesundheits-Apps.

Auch interessierte Vertreterinnen und Vertreter von Städten, Kommunen und Regionen sind

eingeladen, sich online an der Diskussion zu beteiligen. Dafür können sie sich unter www.oip.netze-neu-nutzen.de registrieren und dann eigene Beiträge, Konzepte und Ideen einreichen – in Form kurzer Zusammenfassungen oder auch als ausführliche Beschreibungen. Indem die Nutzerinnen und Nutzer ihre Beiträge mit anderen teilen sowie deren Beiträge anschauen, erhalten sie Anregungen für die Weiterentwicklung ihrer Ideen und Projekte und vernetzen sich.

Weitere Vorstellungen wegweisender Projekte erhalten die Nutzerinnen und Nutzer auf der Website www.netze-neu-nutzen.de, zum Beispiel auf einer interaktiven Best-Practice-Landkarte, auf der sie gezielt nach Projekten in ihrer Region suchen können. Zudem finden sich dort Hintergrundinformationen zu den fünf Anwendungssektoren sowie den Newsletter der Initiative. Er erscheint quartalsweise und informiert alle Interessierten über die neuesten Entwicklungen der Intelligenter Vernetzung in Deutschland und die Aktivitäten der Initiative.

Roadshow unterstützt Intelligente Vernetzung in den Regionen

Neben der Erweiterung des inhaltlichen Fundaments steht für die Initiative Intelligente Vernetzung die Stärkung der regionalen Verbreitung von Anwendungen und Systemen Intelligenter Vernetzung im Vordergrund. So bringt die Roadshow der Initiative Partner vor Ort zusammen, um gemeinsam die Chancen zu erörtern, die die optimierte Nutzung neuer Informations- und Telekommunikationstechnologien für die jeweilige Kommune oder Region bereit hält. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, praxisnah und konkret die Chancen Intelligenter Vernetzung speziell für die jeweilige Kommune oder Region zu erörtern und interessierte Akteure miteinander zu vernetzen. Daran beteiligen sich Netzwerkpartnerinnen und -partner, Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Politik sowie Projekte vor Ort in Städten und ländlichen Kommunen.

Eine der ersten Veranstaltungen im Rahmen der Roadshow organisiert die Initiative Intelligente Vernetzung gemeinsam mit der Metropolregion Rhein-Neckar. Denn die Region will die Vorteile der Digitalisierung auch für den Bildungsbereich nutzen. In Workshops werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer pädagogische Aspekte, die Verbesserung der digitalen Infrastruktur im Bildungsbereich, die digitale Verwaltung und das Thema „Gefahren im Netz“ diskutieren. Impulse kommen von Referentinnen und Referenten aus Universitäten, Wirtschaft und Verbänden, die die Initiative in Abstimmung mit der Metropolregion für die Veranstaltung gewonnen hat. Die Initiative unterstützt die Region bei der Vorbereitung und Organisation der Veranstaltung.

Die Roadshow startet in diesem Jahr in Frankfurt am Main, weitere Termine sind für das kommende Jahr unter anderem in Nürnberg, Leipzig und Aachen geplant. Interessierte Kommunen,

Städte und Regionen haben nach wie vor die Möglichkeit, mit einer eigenen Veranstaltung Teil der Roadshow zu werden. Dafür können sie sich bei der Initiative melden, um gemeinsam Thema, Ziel und Organisation der Veranstaltung zu besprechen. Es kann einerseits darum gehen, die Weichen für ein neues Projekt der Intelligenter Nutzung zu stellen – also zum Beispiel ein konkretes Problem in einem bestimmten Sektor zu identifizieren und mögliche Lösungswege zu entwickeln. Andererseits kann der Fokus aber auch darauf liegen, neue Impulse für ein bestehendes Projekt zu bekommen oder Ideen für spezifische Herausforderungen zu erarbeiten, die im Verlauf des Projekts auftreten – zum Beispiel wenn Kooperationspartner besser in das Projekt integriert werden sollen.

Regionale Ideen für Intelligente Vernetzung sind gefragt

Im Zentrum der Veranstaltungen stehen Workshops, in denen – auf Basis von zuvor präsentierten Best-Practice-Projekten – eigene Aktivitäten entwickelt werden. Dabei kann es um Fragen gehen wie: Wo liegen in unserer Region Potenziale für Intelligente Vernetzung? Welche Projekte können wir anstoßen? Wer sollte noch dabei sein? Wie schaffen wir es, auch kleine und mittelständische Unternehmen an Bord zu holen? Wie können wir Fördermittel für unser Projekt akquirieren? Ausgewählte Themen und Fragestellungen können in der Folge auf der Open-Innovation-Plattform zur Diskussion gestellt werden. Denn viele Fragen, die sich in einer Region stellen, wurden schon einmal in einer anderen diskutiert. Die breit aufgestellte Online-Community kann daher helfen auf dem Weg zur intelligent vernetzten Region.



Thilo Zelt

Leiter der Initiative Intelligente Vernetzung
www.netze-neu-nutzen.de

DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,- €; Studentenjahresabo* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Der
Unterschied
beginnt beim
Namen

Wir sind den **Menschen** verpflichtet:
50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen
Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern
erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden
sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht
nur Sicherheit
für ihr Geld, sondern

Unterstützung für die ganze Region.
Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des
Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen
in Deutschland: Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln
die Lösungen
von morgen, weil wir

an Sie und die **Zukunft** glauben. Schon heute haben wir
zum Beispiel die meistgenutzte **Finanz-App**. Erleben
Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und
auf www.sparkasse.de
wenn's um Geld geht - Sparkasse